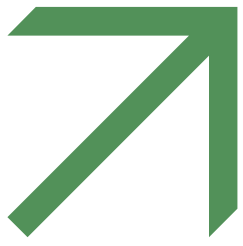


Wirtschaft



SMI 7732 Punkte
+0.6%

Gewinner **Verlierer**
LafargeHolcim N +3.4% Julius Bär N -2.3%
ABB N +1.5% UBS N -1.4%
Novartis N +1.5% Swiss Life N -1.2%

Dow Jones Ind. 17737 Punkte
-0.3%

Euro Stoxx 2962 Punkte
+0.3%

Euro in Franken	1.092	0.06%
Dollar in Franken	0.960	-0.10%
Euro in Dollar	1.138	0.15%
GB-Pfund in Franken	1.370	0.60%
Öl (Nordsee Brent) in Dollar	38.43	-0.6%
Gold (Unze) in Dollar	1218.30	0.5%
Silber (Unze) in Dollar	15.02	-2.9%

Nachrichten

Arbeitsmarkt Arbeitslosigkeit in Eurozone auf tiefstem Stand seit Jahren

Die Konjunkturerholung im Euroraum schlägt zunehmend auf den Jobmarkt durch. Die Arbeitslosigkeit fiel im Februar auf den tiefsten Stand seit vier Jahren. Die Quote betrug im Februar noch 10,3 Prozent, wie die EU-Statistikbehörde Eurostat am Montag in Luxemburg mitteilte. Das ist ein Rückgang um 0,1 Prozentpunkte im Vergleich zum Januar und der geringste Wert seit August 2011. In absoluten Zahlen ausgedrückt sank die Zahl der Arbeitslosen in der Eurozone um 39 000 auf noch 16,63 Millionen. (SDA)

Luftverkehr Air-France-Flugbegleiterinnen wehren sich gegen Kopftuch

Air-France-Flugbegleiterinnen sollen bei Landungen in Teheran das Haar mit einem Tuch bedecken. Diese Regelung führte zu Protesten von Flugbegleiterinnen. Nun plant die Fluggesellschaft eine Ausnahmeregelung. Stewardessen und Pilotinnen, die aus persönlichen Gründen beim Verlassen der Maschine im Iran kein Kopftuch tragen wollten, sollten für andere Flüge eingeteilt werden, sagte Personalchef Gilles Gateau dem Radiosender Europe 1 am Montag vor einem Treffen mit Gewerkschaftsvertretern. Sie sollten nicht zu Flügen nach Teheran gezwungen werden. (SDA)

Immobilien Mieten steigen in der Schweiz moderat weiter

Der Trend steigender Mieten hat sich im März fortgesetzt, jedoch mit grossen regionalen Unterschieden. Mit 0,8 Prozent am meisten stiegen die Mieten in der Region Genfersee. In Zürich zogen sie um 0,63 Prozent an. Im Tessin sanken die Mieten hingegen um 2,39 Prozent, ebenso im Espace Mittelland (-0,07%), wie aus dem Swiss Real-Estate-Index des Onlineportals ImmoScout hervorgeht. Schweizweit betrachtet ergibt sich ein Anstieg um 0,82 Prozent. (SDA)

Autoindustrie Tesla wird überrollt von Vorbestellungen

Der US-Elektroautohersteller Tesla hat in drei Tagen bereits 276 000 Vorbestellungen für seinen neuen Wagen Model 3 erhalten. Um die grosse Nachfrage zu decken, muss sich Firmenchef Elon Musk nun etwas einfallen lassen. Das Interesse sei deutlich höher als erwartet und Tesla werde seine Produktionspläne überdenken müssen, erklärte Musk am Sonntagabend über den Kurznachrichtendienst Twitter. (SDA)

Der IWF traut den Europäern nicht

Nach der Veröffentlichung eines geheimen Gesprächs unter Vertretern des Währungsfonds zu Griechenland stellt sich Chefin Christine Lagarde hinter ihre Mitarbeiter - und bestätigt damit den Grundsatzkonflikt.

Markus Diem Meier

Die Stimmung zwischen dem Internationalen Währungsfonds (IWF), den Europäern und den Griechen ist jetzt noch vergifteter als zuvor. Am Samstag hat Wikileaks die Abschrift eines IWF-internen Gesprächs zwischen dem Europachef des Fonds, Poul Thomson, und Delia Velculescu veröffentlicht. Velculescu ist beim Fonds für Griechenland zuständig. Weil das Telefongespräch von einem Zimmer des Hotels Hilton in Athen geführt wurde, kam der Verdacht auf, die Griechen könnten für das Leck verantwortlich sein, was die griechische Regierung jedoch bestreitet.

Im Gespräch wird deutlich, dass die IWF-Zuständigen weder den Europäern noch den Griechen vertrauen, ernsthaft eine nachhaltige Lösung anzustreben. Gemäss dem IWF führt kein Weg an einem weiteren Schuldenschnitt Griechenlands vorbei. Die Vorgabe der Europäer, dass der griechische Staat jährlich einen Primärüberschuss (Budgetüberschuss ohne Zinszahlungen) von 3,5 Prozent leisten soll, hält man beim Fonds für vollkommen unrealistisch. Dies umso mehr, als die Europäer vom Land zumindest vorderhand weniger harte Sparanstrengungen zum Erreichen des Ziels verlangen als der IWF. Weil die IWF-Vertreter im geleakten Gespräch offen Massnahmen erörtern, wie sie die Euroländer unter Druck setzen könnten, hat sich schon am Samstag der griechische Premier Zypas mit einem Protestbrief an IWF-Chefin Christine Lagarde gewandt und darin unter anderem festgehalten, es gehe darum, ob Griechenland dem IWF noch trauen könne.

Lagarde meldet sich zu Wort

Lagarde hat nun ihrerseits mit einem Schreiben reagiert und sich darin hinter ihre Mitarbeiter gestellt. Weiter schreibt sie, die Ereignisse des Wochenendes hätten Fortschritte in den Verhandlungen noch schwieriger gemacht. In der Sache hält sie wie ihre Mitarbeiter fest, Griechenland sei noch weit von einem kohärenten Programm entfernt, das sie dem leitenden Gremium des IWF präsentieren könnte.

Die Differenz in der Forderung nach einem weiteren Schuldenschnitt zwischen dem IWF und der EU sind alles andere als neu. Anders als beim letzten Schuldenschnitt von 2012, der nur private Gläubiger betraf, die sich der Schuldverzicht noch nicht entledigt hatten, müssten jetzt die Euroländer - vor allem Deutschland - und die Europäische Zentralbank (EZB) als Hauptgläubiger Griechenlands einen Verzicht leisten. Für die Politiker Europas und vor allem Deutschlands ist es unvorstellbar, ihren Steuerzahlern einen solchen Schuldverzicht zuzumuten. Doch ohne Schuldenschnitt will und kann sich der IWF nicht mehr an Rettungsaktio-



Griechenland sei von einem kohärenten Programm noch weit entfernt, schreibt IWF-Chefin Christine Lagarde. Foto: Reuters

nen für Griechenland beteiligen - weil dann die Rückzahlung fraglich wäre. Doch vor allem das deutsche Parlament, der Bundestag, beharrt auf einer Beteiligung des IWF bei einem neuen Rettungspaket, weil man den übrigen Euroländern in dieser Sache zu wenig traut.

Genug vom Hinausschieben

Dieser unauflösbare Widerspruch war bereits im vergangenen Sommer in der Vereinbarung der EU-Länder zu finden, als sich die Gläubiger in letzter Sekunde vor dem Zusammenbruch des griechischen Finanzsystems und nach der Einführung von Kapitalverkehrskontrollen auf ein neues Hilfspaket im Umfang von 85 Milliarden Dollar geeinigt hatten. Weil mit dieser Aussicht die Katastrophe vorerst abgewendet war, haben sich die Europäer seither allerdings nicht mehr um die Anliegen des IWF gekümmert. Darin liegt der Hauptgrund für den

Frust, der im internen Gespräch bei den IWF-Zuständigen deutlich wird.

Ohne äusseren Druck hätten die Europäer sich noch nie bewegt, meinen die IWF-Leute laut der Abschrift. Daher setzen sie etwa auf eine neue Krise, die im Juli angesichts anstehender Zahlungen Griechenlands zu erwarten ist. Das sei umso mehr zu erwarten, als die Europäer vor dem Brexit-Referendum in Grossbritannien ohnehin keinen Konflikt riskieren wollten.

Thomson und Velculescu halten es aber auch für möglich, dass die Flüchtlingskrise die Europäer zu einem raschen Handeln veranlasst. Im entscheidenden Moment würde Thomson der Deutschen Kanzlerin Angela Merkel sagen, es gelte nun, die Kosten abzuwägen: Entweder sie akzeptiert einen Schuldenschnitt oder der IWF steigt aus, was ihr aber Probleme mit dem eigenen Parlament beschere würde.

Griechische Schuldenkrise

Eine Tragödie ohne Ende

Die wichtigsten bisherigen Etappen in der griechischen Schuldenkrise:

- Mai 2010: Die Zinsen für griechische Schulden steigen erstmals stark an. Die Euroländer sprechen ein erstes Hilfspaket.
- Dezember 2010: Der Europäische Stabilitätsmechanismus wird dauerhaft etabliert.
- Juli 2011: Ein zweites Hilfspaket folgt.
- März 2012: Der Schuldenschnitt gelingt: Rund 85,5 Prozent der Privatgläubiger erlassen dem Land rund 100 Mrd. Euro.
- Januar 2015: Das Linksbündnis Syriza gewinnt die Neuwahlen.
- Juli 2015: Die griechische Bevölkerung stimmt gegen Sparauflagen aus Brüssel. Trotzdem gibt die Regierung Syriza angesichts einer beginnenden Bankenkrise klein bei und verhängt zudem Kapitalverkehrskontrollen. (TA)

Konzerne nehmen UNO-Menschenrechtsprinzipien zu wenig ernst

Die UNO-Leitprinzipien für Menschenrechte sind zwar breit anerkannt. Nur wenige Konzerne richten aber ihr Geschäftsgebaren nach diesen aus.

Jürg Rüttimann

Im Sommer 2011 hatten sich Wirtschaftsfachleute und Vertreter von Nichtregierungsorganisationen unter der Leitung des Harvard-Professors und UNO-Sonderbeauftragten John Ruggie auf Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte geeinigt. Hinter diese hatten sich in der Folge auch der Bundesrat und die Schweizer Wirtschaftsverbände gestellt.

In einer Broschüre von Economieuisse und Swissholdings hiess es vergangenen Herbst, die Wirtschaft habe kein Interesse an gesellschaftlichen Missständen, weshalb sich viele Firmen strategisch mit Menschenrechts- und Umweltfragen befassen würden. Zudem

war sinngemäss davon die Rede, dass Regulierungen in der Schweiz einerseits internationale Entwicklungen unterlaufen und andererseits die Eigeninitiative der Unternehmen untergraben würden. Diese Aussagen dürften zwar bereits im Zusammenhang mit der Konzernverantwortungsinitiative zu sehen sein, für die derzeit Unterschriften gesammelt werden und die Schweizer Konzerne zur weltweiten Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichten würde. Wer aber davon ausgeht, dass sich die Unternehmen die letzten Jahre freiwillig darum bemüht haben, ihre Geschäftspolitik in Einklang mit den Menschenrechtsanliegen zu bringen, belehrt nun eine Studie der Hilfswerke Brot für alle und Fastenopfer eines Besseren.

Nicht einmal bei jedem vierten Konzern sind Menschenrechte demnach ein Thema. Auf die offenbar von allen Seiten anerkannten UNO-Richtlinien beziehen sich sogar nur 11 Prozent der 200 umsatzstärksten Schweizer Unternehmen. Weitere 27,5 Prozent verweisen immerhin auf einen eigenen Verhaltenskodex.

Für die beiden Hilfswerke zeigen die Ergebnisse ihrer Studie: Viele Unternehmen zählen Menschenrechtsverletzungen wie beispielsweise Kinderarbeit immer noch nicht zu ihrem Verantwortungsbereich.

Nicht ganz freiwillig

Die Hilfswerke nennen aber auch Beispiele von Konzernen, die sich vertieft mit der Menschenrechtsproblematik befassen. Die meisten von diesen seien jedoch in der Vergangenheit bereits unter öffentlichem Druck gestanden, weil sie wegen Menschenrechtsverletzungen zum Ziel von Kampagnen von Nichtregierungsorganisationen geworden seien. Sprich: Ganz freiwillig haben auch diese ihre in den Augen der Hilfswerke progressive Haltung nicht eingenommen. Genannt werden unter anderem ABB, UBS, Nestlé, Roche und Credit Suisse. Brot für alle und Fastenopfer gehen aber selbst mit jenen Konzernen hart ins Gericht, die ihr Gebaren bereits an den UNO-Richtlinien ausrichten. So würden Menschenrechtsanliegen oft als weniger

wichtig erachtet als etwa Anliegen zur Bekämpfung von Korruption oder zur Einhaltung von Wettbewerbsregeln. Auch sei der Dialog mit externen Anspruchsgruppen wie Fabrikangestellten von Zulieferern oder Anwohnern ungenügend.

Grundsätzlich an der Aussagekraft der Studie zweifelt indes Denis Laufer von Swissholdings. Nach ihren Einschätzungen - Laufer beschäftigt sich beim Interessenverband der multinationalen Schweizer Konzerne mit Corporate-Responsibility-Themen - hat bei den Unternehmen in den letzten Jahren eine grosse Sensibilisierung für Menschenrechtsthemen stattgefunden. Zahlreiche Konzerne hätten Verhaltensrichtlinien festgelegt respektive diese weiter ausgebaut. «Dass über die Hälfte der Unternehmen sich noch keine Gedanken über die eigene menschenrechtskonforme Geschäftspolitik gemacht haben soll, ist eine unseriöse Feststellung.» Diverse Schweizer Konzerne hätten darüber hinaus sogar eine Vorreiterrolle bei der Ausarbeitung internationaler Branchenstandards eingenommen.